



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Europa ruhig". Heut dürfen wir sagen: die Laune Frankreichs, mag es mit dem Communismus, mit dem alten oder einem jungen Caesar spielen, ist Europa gleichgültig, seitdem es den Arm besitzt, der die Ausschreitungen dieser Laune nöthigenfalls im Zaume hält.

## Tom deutschen Reichstag.

Berlin, den 5. November 1871.

Am 30. October fand die erste Berathung der Reichshaushaltsaufstellung statt. Die erste Berathung eines so verwickelten und großen Gegenstandes gab erklärlicher Weise nur zu allgemeinen Bemerkungen von verschiedenen Seiten Anlaß. Der conservative Abgeordnete von Wedell ließ sicherlich mehr als einer Parteimeinung Ausdruck, wenn er den Etat als einen so großartigen und glänzenden bezeichnete, wie er kaum je einer Volksvertretung vorgelegt worden. Mußte doch der ultramontane Abgeordnete Greil denselben Eindruck anerkennen, natürlich um sich sofort zur Bekämpfung der „Militairlast“ zu wenden. Die Beweggründe des Ultramontanismus in diesem Kampf gegen die deutsche Streitbarkeit sind nur allzu durchsichtig. So sahen wir denn den Abgeordneten Lascker, dessen Patriotismus niemals bezweifelt werden kann, zum ersten Male als Vertheidiger eines beträchtlichen Heeraufwandes hervortreten. Ein militärischer Tageschriftsteller, der sich zur freiconservativen Partei zählt, schrieb kürzlich, der Abg. Lascker habe am 30. October nicht seinen glücklichen Tag gehabt. Wir fanden, daß dieser Abgeordnete noch niemals einen so guten Tag gehabt hat. Wir freuen uns, daß endlich einmal ein Vertreter des vorgeschrittenen Liberalismus den Muth und die Einsicht gehabt hat, die Ansicht für veraltet zu erklären, als sei eine starke Armee ein Hinderniß der Freiheit. Gewiß hatte der Redner Recht, wenn er sagte, es ist wichtig, auszusprechen und die Nation mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß ihre Freiheit und ihre Macht in Waffen nicht unverträgliche Gegensätze sind. Wir hätten noch lieber gesehen, wenn der Abgeordnete den Gegensatz etwas deutlicher gefaßt hätte. Es handelt sich darum, das großartige Institut des preußischen Heeres, wie es seit 1815 bis auf die Gegenwart sich entwickelt hat, nicht länger im Gegensatz zu denken mit der zukunftsreichen Entwicklung des deutschen Staates. Es ist freilich längst Mode geworden, die allgemeine Wehrpflicht zu preisen und was in Preußen bereits Mode war, fängt jetzt an, in Europa Mode zu werden. Aber der unterscheidende Charakter des preußischen Heeres, dessen Charakter ja auf das deutsche Heer übergehen soll und zum Theil übergegangen ist, beruht nicht allein in der allgemeinen Wehrpflicht, sondern ebenso in denjenigen Institutionen, welche bewirkt haben, daß die allgemeine Wehrpflicht nicht eine ohnmächtige Miliz, sondern eine in Bezug auf Technik und kriegerischen Geist vollendete Armee geliefert hat. Es ist hohe Zeit, sagen wir, daß der Liberalismus, soweit er patriotisch sein will, die Aufgabe einsieht und sich zu ihr bekennt, das in seinem Wesen unangetastet zu erhaltende preußische Heer mit den künftigen Institutionen des deutschen Heeres organisch zu verschmelzen. Ohne das Bewußtsein dieser Aufgabe bleiben Liberalismus und Heer die feindlichen Pole des Staatswesens, die sich verhalten wie Staatszerrüttung

und Staatserhaltung ohne den Hauch erneuender Lebenskraft. Darum wiederholen wir, daß der Abg. Rascher seinen glücklichsten Tag hatte, als er zum ersten Male dieser Aufgabe seinerseits Ausdruck lieh, wenn wir auch den Ausdruck noch bewußter und erschöpfender gewünscht hätten. Im Uebrigen berührte der Abgeordnete die Frage, ob das für die Militär-Ausgaben des Jahres 1872 geforderte Pauschquantum seine verhältnismäßige Niedrigkeit nicht der Gunst von Umständen verdanke, welche schon der nächsten Ausgabefeststellung nicht mehr zu Gute kommen werden. Der Bundesbevollmächtigte Graf Roon bestätigte diese Annahme mit den Worten: „ich wünsche keineswegs, daß Jemand damit überrascht werde, daß die Militär-Verwaltung für die Kriegsbereitschaft der Armee und die Waffenfähigkeit des Landes die Freigebigkeit der Nation in höherem Maße als bisher in Anspruch nehmen muß.“ Der Abgeordnete Richter, als Redner der Fortschrittspartei, erblickte in der Bewilligung eines Pauschquantums für einen Ausgabeplan, dessen einzelne Posten der Reichstag eines Tages vielleicht beanstanden, einen Wechsel auf die Zukunft, den er nicht unterschreiben zu können erklärte. Um den Klimax zu schließen, nahm auch der Abg. Bebel das Wort. Es ist nicht nöthig, auf die Reden dieses Abgeordneten einzugehen, sofern sie nicht gefährliche Irrthümer enthalten. In der Regel sind die Irrthümer, welche Herr Bebel vorträgt, zwar kräftig, aber nicht gefährlich. Diesmal warf er den Liberalen aller Schattirungen vor, daß sie nicht genug gegen die Erhaltung des Heeres opponirten. „Es sei dies aber nur die Folge des Selbsterhaltungstriebes; man suche den Schutz des Heeres gegen die sociale Bewegung. Bald würden jedoch die socialistischen Arbeiterelemente in das Heer dringen.“ Der Reichstag beschloß, den Reichshaushalt nicht an die Budget-Commission zu verweisen, sondern die zweite Berathung s. Z. sofort im Plenum vorzunehmen.

Am 31. October gelangte eine Vorlage zur ersten Berathung, betreffend die Ueberweisung eiserner Vorschüsse für die Verwaltung des Kriegsheeres aus der von Frankreich gezahlten Kriegsentschädigung. Wir bemerken für diejenigen Leser, die vielleicht den Gegenständen der Reichstags-Verhandlungen nicht mit beständiger Genauigkeit zu folgen vermögen, daß es sich hier nicht um den Kriegsschatz handelt, der nur zur Bestreitung der ersten Mobilmachungskosten bei entstandener Kriegsgefahr bestimmt ist. Bei der jetzt erwähnten Vorlage handelt es sich um die Bildung von Betriebsfonds für die laufenden Bedürfnisse des Heeres, deren die Reichskriegsverwaltung bisher entbehrte. Dieser Mangel führte zu einer großen Belästigung der Einzelstaaten, welche der Reichskriegsverwaltung die nöthigen Vorschüsse aus ihren Mitteln leisten mußten. Die Vorlage fand keinen Widerspruch. In Betreff der zweiten Lesung wurde ein Antrag des Abg. Hänel angenommen, dieselbe mit der zweiten Lesung des Reichshaushalts zu verbinden. In derselben Sitzung ging noch der Gesetzentwurf über die Unterstüzung der Gotthardt-Bahn durch die erste und zweite Lesung, ohne zu erheblichen Bemerkungen Anlaß zu geben.

Am 2. November folgte die erste und zweite Berathung des von dem Mecklenburgischen Abg. Büsing und Genossen eingebrachten Antrages: hinter Artikel 3 der Reichsverfassung einen neuen Artikel aufzunehmen folgenden Inhaltes: In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“ Auch der unkundigste Leser weiß, daß die Spitze dieses Antrages gegen die feudalen Zustände in Mecklenburg gerichtet ist. Das Interesse aber, von welchem die Parteien in dem Verhalten zu diesem Antrag bestimmt wurden, liegt, wie

die Dinge heute stehen, bei den Gegnern nicht mehr sowohl in der Vorliebe für die mecklenburg'schen Zustände, als in den Bedenken gegen die Ausdehnung der Reichscompetenz.

Das Ereigniß der Sitzung war die Rede des Abgeordneten Treitschke. Nie haben wir den Reichskanzler einer parlamentarischen Rede solche Aufmerksamkeit schenken sehen. Man könnte sich einen Standpunkt denken, der bei aller Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit, ja Ungeheuerlichkeit mecklenburg'scher Zustände doch geneigt wäre, dergleichen Anträge für ungelegen zu halten. Man könnte fragen: wie lange kann das im schlimmsten Fall noch dauern? Wozu die unmittelbare Dazwischenkunft des Reiches hervorrufen und die heikle Frage der Competenz zur Unzeit beschwören? Diesem Standpunkt trat der Redner gegenüber in der schlagendsten und überzeugendsten Weise, die man nur denken kann. Ja er hat Recht, das neue Reich darf nicht wie der alte Bundestag sich incompetent erklären, wo es gilt, einem schreienden Nothstande im deutschen Volke irgendwo abzuhelpen. Es ist wahr, kein vernünftiger Mensch wird dem Reich nachsagen, was dem Bundestag nachzusagen war, daß er überall bedrücke und nirgend fördere, nirgend helfe. Aber zu den großen Segnungen des Reiches muß auch die Fähigkeit zur unmittelbaren Hilfe für schreiende Nothstände kommen, wenn es sich im Glauben der Nation festsetzen und behaupten soll. Wir glauben, daß von dieser Nothwendigkeit jeder Hörer und Leser der Treitschke'schen Rede sich so durchdrungen finden wird, daß auch das Bedenken nicht mehr aufkommt, ob die Einführung einer Volksvertretung für Mecklenburg das rechte Mittel ist. Vor allem gilt es zu zeigen, daß dem Reich Macht und Wille zu helfen innewohnt, und den Anfang der Hilfe zu leisten. Das Weitere gehört der Zukunft.

Am 4. November erfolgte die zweite Berathung über die Bildung eines Reichskriegsschatzes. Man erinnert sich, daß das Gesetz auf Wiquel's Antrag nach der ersten Berathung einer Commission überwiesen wurde. Das Hauptinteresse der zweiten Berathung bewegte sich um den § 2, welcher bei eingetretener Verminderung des Normalbestandes dem Kriegsschatz die zufälligen Einnahmen des Reiches zuführen wollte. Die Commission hat diesen Paragraphen abgelehnt. Ein Antrag des Abgeordneten Bodelschwingh verlangte eine von der Regierungsvorlage abweichende Fassung. Die Regierungsvorlage hatte unter zufälligen Einnahmen solche verstanden, welche aus anderen Bezugsquellen fließen, als den im Artikel 70 der Reichsverfassung dem Reich zugewiesenen. Der Antrag Bodelschwingh verlangte, daß diejenigen Einnahmen in den Kriegsschatz fließen, welche nicht in den Reichshaushalt aufgenommen sind. Die Regierung schloß sich durch den Bevollmächtigten Camphausen dem Antrag Bodelschwingh an.

Die Institution des Kriegsschatzes hat keinen Sinn, wenn nicht Vorsorge getroffen wird, und zwar in einer die Factoren der Reichsgesetzgebung bindenden Weise, zur Wiedergängung des Schatzes, wenn derselbe ganz oder theilweise verwendet worden. Dessenigen Redner, welche die Wiedergängung dem Zufall, eventualiter Vereinbarungen unterstellen wollten, widerlegte der Abgeordnete Gneist in seiner überlegenen Weise. Uns dünkt jedoch, das Widerstreben, außeretatmäßige Einnahmen zuzulassen, habe ebenfalls seinen guten Grund. Der Antrag Bodelschwingh wurde schließlich angenommen. Wir würden vorgezogen haben, wenn der Antrag dahin gelautet hätte: der Reichskriegsschatz muß, sobald er seinen Normalbestand nicht mehr erreicht, jedesmal aus den Einnahmen des Reiches und nöthigenfalls durch Eröffnung außerordentlicher Einnahmequellen bis zur vorgeschriebenen Höhe wieder ergänzt werden.

Das Bestreben des Abgeordneten Hoverbeck, den Gebrauch des Kriegsschatzes bei dringender Kriegsgefahr von der vorgängigen Berathung und Beschlussfassung des Reichstags abhängig zu machen, bedarf keiner Charakterisirung, obwohl ihm die Ehre einer Widerlegung durch den Reichskanzler zu Theil wurde. C—r.

## Kleine Besprechungen.

Johann Heinrich Merck, seine Umgebung und Zeit, von Dr. Georg Zimmermann. Frankfurt a. M., J. D. Sauerländer's Verlag. 1871.

Eine vollständige und allen Anforderungen entsprechende Biographie Merck's ist eine dankenswerthe Arbeit; unstreitig wird durch sie eine fühlbare Lücke in der deutschen Literaturgeschichte ausgefüllt.

Wir verkennen nicht, daß der Verfasser trotz des reichen biographischen Materials manches Versteckte oder Unbekannte herangezogen und für die Biographie Merck's verwerthet hat. Andererseits aber haben wir kein Verständniß dafür, daß er auf halbem Wege stehen geblieben und den Weimarschen Brieffchatz zu heben nicht einmal versucht hat. Denn sicherlich berechtigt doch nichts zu der Annahme, daß eine Wiederholung des vor mehr als 30 Jahren mißglückten Versuches heute von ganz demselben Erfolge begleitet sein müsse. — Weimar ist zwar neuerdings durch die Haltung der Goethe'schen Erben etwas in Mißcredit gerathen, aber da wohl die Correspondenz Merck's mit Carl August und Amalia nicht in dem Goethe'schen Archive ruht, so hätte der Herr Verfasser wenigstens ein Fünkchen Muth haben sollen, um dieser unstreitig höchst wichtigen Correspondenzen habhaft zu werden.

Was die Arbeit selbst anlangt, so beschränkt sich der Verfasser, wie der Titel des Buches besagt, auf Merck's Person nicht allein, sondern er hat es in völlig berechtigter Weise unternommen ein Bild der Zeit zu geben, in dem er alle möglichen Verhältnisse und Persönlichkeiten beleuchtet, die mit Merck einen Berührungspunkt gehabt haben. Daß die Arbeit schwierig ist, unterliegt keinem Zweifel. Wir halten nicht dafür, daß sie dem Verfasser geglückt ist. Es fehlt dem Buche die klare Entwicklung des Merck'schen Lebensganges und seines Charakters, dem am Schluß des Buches ein großes Capitel gewidmet ist, aber das doch nicht in wünschenswerther Weise aus den Verhältnissen heraus das Werden des Mannes schildert. Es macht einen ganz eigen thümlichen Eindruck, wenn man am Schlusse eines so mächtigen Buches eine Reihe von Merck'schen Portraits nach Goethe und Andern geschildert findet, die gar nicht erkennen lassen, welcher Zeit jene Portraits angehören. Ebenso wenig ist dem Verfasser geglückt, ein treues einheitliches Bild der Zeit zu geben, denn mit einer Masse von eingeflochtenen Biographien verschiedener Persönlichkeiten, die doch nur bis zu einem gewissen Punkt für das Leben Merck's von Bedeutung sind, ist nichts geleistet. Auch befriedigt die Darstellung nicht, der es an Knappheit und guter Verarbeitung des Materials fehlt; das Buch ist breit, weil viel unnütze Briefe in extenso abgedruckt sind, die man wohl in einem Briefwechsel, nicht aber in einer Darstellung wieder lesen kann. Mit einem Worte: Das Buch liest sich nicht. Als Hülf's- und Nachschlagebuch erfüllt es allein seinen Zweck. Dr. C. B—dt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.